

### Quertreibereien ?

Unter der Ueberschrift „Wir und Deutschland“ behandelt ein mit Dr. G. St. gezeichneter Aufsatz im „Oesterr. Volkswirt“ (Nr. 2, vom 13. Oktober) die angeblichen „Quertreibereien“ gegen das Zusammengehen mit dem Deutschen Reiche, die er in Oesterreich nicht nur bei der slavischen, besonders tschechischen Politik bemerkt haben will, die „das Bündnis offen und rückhaltlos ablehne“ — welche irreführende und gefährliche Verallgemeinerung! — sondern auch in solchen deutschen Kreisen, die, gestützt auf die Friedensbemühungen des Grafen Czernin, „glauben, daß ihre Zeit gekommen ist“ und, sich daher, wie der Verfasser selbst feststellt, „zu Unrecht auf den Grafen Czernin berufen“. Der Verfasser glaubt diese Kreise in folgender Weise charakterisieren zu sollen:

Man kämpft für den „neuen Geist“, um altes Mißtrauen wieder zu erwäken. Man predigt allgemeine Völkerveröhnung und Pazifismus, um gegen den nächsten Feind zu hetzen. Es ist eine seltsame Koalition, die sich in dieser Grundstimmung zusammengefunden hat. Reid und Eifersucht, Kleinmut, wirtschaftliche Furcht, verständliche Ablehnung gegen Latifoligkeiten, die im täglichen Verlehr unver-

meidlich sind, Abwehr gegen deutschen Ordnungsgeist, katholische Abneigung gegen das protestantische Preußentum, aber auch altösterreichische Gegenseite gegen das Deutschland preußischer Prägung, der Widerstand eines aufrichtigen Pazifismus gegen die militärisch betonte Politik eines kriegerischen Volkes, sachlich und persönlich begründete Hinneigung an die Kultur und Wesensart der Weststaaten, von denen Oesterreich-Ungarn kein unmittelbarer Interessentonsflikt zu trennen scheint — diese ganze, lange nicht vollständige Reihe von Motiven wirkt zusammen, um in den verschiedensten Formen die eisernen Bande zu lockern, die Oesterreich-Ungarn und das Deutsche Reich zusammenhalten.

Wir wollen mit dem Verfasser über die Einzelheiten der von ihm konstruierten „seltsamen Koalition“ nicht rechten, nur dem müssen wir entschieden widersprechen, daß die „katholische Abneigung gegen das protestantische Preußentum“ in diese in der Tat „seltsame“ Bettgenossenschaft einbezogen wird. Die deutschen Katholiken Oesterreichs haben mit dieser odiosen Sache nicht das geringste zu tun, sie waren, sind und bleiben die Säulen der Wien-Berliner Bündnispolitik, bei ihnen ist, wie sie es in den Kirchen singen, „Treue Brauch“, Ribelungentreue in der ganzen vollen Schwere und Tragweite des Wortes. Die österreichischen Katholiken sind auch nicht so ununterrichtet, daß sie nicht „protestantisches Preußentum“ und Preußen oder gar Deutsches Reich zu unterscheiden wüßten, falls für die Bündnispolitik das konfessionelle Moment überhaupt von ausschlaggebender Bedeutung wäre, was offensichtlich nicht zutrifft. Die Torheit, den 30 Millionen Katholiken Preußen-Deutschlands „in katholischer Abneigung gegen das protestantische Preußentum“ treulos den Rücken zu kehren, sollte den Katholiken Oesterreichs nicht einmal ein Publizist zumuten, der sie nicht kennt.

Daß von verbändlerischer Seite gegen das Treubündnis der beiden Kaisermächte allerlei Intrigen gesponnen werden, daß sich die satfam bekannten westlerisch gerichteten Kreise, vor allem eine gewisse Presse, zu Objekten dieser Machenschaften eignen, ja vereinzelt vielleicht sogar bewußte Werkzeuge dieser Spekulation abgeben, ist kein Geheimnis. Solche traurige Erfahrungen sind übrigens nicht nur in der Deffentlichkeit Oesterreichs bemerkbar, vielmehr wurde in der „Reichspost“ bereits wiederholt auf ein merkwürdiges Zusammenspiel bedenklicher Kräfte in beiden Reichen aufmerksam gemacht. Richtiger, als es Dr. G. St. tut, scheinen uns die Umrisse der „seltsamen Koalition“ in einem Wiener Briefe an die Berliner „Deutsche Ztg.“ (Nr. 516) angegeben zu werden, wenn es darin, auch gewiß nicht ohne Uebertreibungen, heißt:

Die gesamte, von Nichtdeutschen der Rasse nach geleitete, in deutscher Sprache geschriebene Presse in Wien offenbart einen so zügellosen Deutschenhaß . . . noch niemals hat die goldene und rote Internationale so offen ihrem Haß gegen das Deutschtum Ausdruck verliehen wie jetzt . . . Die „Arbeiter-Zeitung“ . . . was sich dieses, was sich dieses, von roten Nichtdeutschen geschriebene Blatt an wilder Deutschfeindlichkeit anlässlich dieser Reichstagsausssprache leistet, das ist nur ein neuer Beweis, wohin die Internationale feuert. Die Händlerblätter treiben es nicht um ein Haar besser: für sie alle ist nicht mehr der Britte, der Welsche und der Gallier der Feind, sie bekämpfen nur noch die Aundeutschen.

Wie verhältnismäßig gering übrigens der Einfluß der hier gekennzeichneten Presse — man liest zwar, aber verachtet sie — auf die wirkliche Volksmeinung ist, wurde ja seit Jahrzehnten bei allen politischen Wahlen dargetan, und auch die überwiegende Mehrheit des freisinnig und sozialdemokratisch gerichteten Volksteils büßte sich dagegen verwahren, mit der Westlerichtung in einen Topf geworfen zu werden.

Im übrigen aber bemüht sich Dr. G. St. in seinem Aufsatz, eine ziemlich zutreffende, Licht und Schatten gerecht verteilende, Passiva und Aktiva richtig buchende Darstellung der Kriegslage und Friedensfrage, der Schwierigkeiten des deutschen Reiches und der verhältnismäßig günstigeren Lage Oesterreich-Ungarns zu bieten. So verweist er darauf, daß, während Oesterreich-Ungarn im wesentlichen vom Feinde frei ist, „die deutschen Faustpfänder schwer belastet sind“; das Deutsche Reich hat „sein Kolonialreich, die überseeischen Niederlassungen, die Grundlage seines Außenhandels, drei Fünftel seiner Handelsflotte verloren“. Um so wichtiger sind die Faustpfänder, zumal Rurland mit seinem bei einem Rückfall an Rußland von der Ausrottung bedrohten Deutschtum, und besonders Belgien. Die Schließung dieses bisherigen Haupttores des deutschen Ueberseehandels würde für Deutschlands Weltwirtschaft einen tödlichen Schlag bedeuten. Genau so, wie Oesterreich-Ungarn sich für die Lösung des süd-slavischen und Balkanproblems als zuerst zuständig betrachte, empfinde man im Deutschen Reiche begreifliches „Unbehagen, wenn in der verbündeten Donaumonarchie besangene oder unbefangene Idealfisten sich ein Urteil über eine Frage (das künftige Verhältnis Belgiens zum Deutschen Reich) anmaßen, für deren Verständnis ihnen alle Voraussetzungen fehlen“. Der Verfasser untersucht dann die Frage, ob denn „überhaupt zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ein sachlicher Unterschied in der Friedenspolitik bestehe“, und verneint sie; ungeklärt sei nur die polnische Frage, über die der Verfasser — mit folgendem Zitat möchten wir schließen — sagt:

Daß das Königreich Polen nicht an Rußland zurückfallen darf, ist für die Monarchie entschiedene Sache. Aber mehr als das. Es ist kein Geheimnis, daß sich der Ausbau des polnischen Staates vor allem darum verzögert, weil erst Klarheit geschaffen werden muß, ob der künftige Polenstaat in einem engeren Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn oder zum Deutschen Reich stehen wird. Wie man einen Anschluß Polens an die Monarchie

auch bewerten mag, immer bedeutet er nach außen hin einen erheblichen Machtzuwachs der Monarchie, der die österreichische Agitation für einen bedingungslosen Verzicht Deutschlands auf die Erweiterung seiner Machtsphäre jedenfalls in eigenartiges Licht rückt. Wie diese Agitation moralisch zu beurteilen ist, wie weit ein primitives Anstandsgefühl angesichts der ungeheuren militärischen Leistungen Deutschlands für die Lebensinteressen der Monarchie bei Erörterung der deutschen Friedenspolitik in Oesterreich äußerste Zurückhaltung gebieten sollte, mag hier unangegprochen bleiben. Aber mit allem Nachdruck müssen die Deffentlichkeit und die maßgebenden verantwortlichen Stellen darauf hingewiesen werden, in welchem Maß diese pazifistische Agitation mit ihrer Spitze gegen Forderungen des Deutschen Reiches die Politik der Monarchie und vor allem ihre Stellung in den polnischen Verhandlungen mit dem Deutschen Reich erschwert und kompromittiert. Und wer die Stimmung in den politischen Kreisen des Deutschen Reiches einigermaßen kennt, wird den Ernst und die Dringlichkeit der Mahnung würdigen, daß Graf Czernin in den idealistischen Freunden seiner Friedenspolitik möglichst bald etwas politische Vernunft beibringe.